

Krankenhausrundbrief Nr. 2/2008

23.9.2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bitte beachtet im Anhang unser Flugblatt für die Demonstration am 25.09.

Die Auseinandersetzung um die Krankenhausfinanzierung geht in die entscheidende Phase. Das Ministerium von Ulla Schmidt hat jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt.

Einige geplante Verschärfungen sind nicht mehr darin zu finden: Vertragsfreiheit für Krankenkassen und Rückkehr zur monistischen Finanzierung. Insofern hat der öffentliche Druck bereits etwas bewirkt.

Ansonsten ist der Gesetzentwurf alles andere als ein Fortschritt, auch wenn das ver.di-Funktionäre und Betriebsräte mit SPD-Parteibuch und andere Co-Manager versuchen, es so darzustellen. Es sieht vielmehr so aus, als ob mit solchen Erfolgsmeldungen Nebelkerzen gestreut werden, um die Kampagne gegen den Deckel und die Mobilisierung für die Demo am 25.9. zu bremsen. Hier zeigt sich wieder einmal wie fatal es ist, dass die SPD ver.di und andere Gewerkschaften kontrolliert. Sie wollen ein Jahr vor der Wahl "ihre Ulla" nicht beschädigen. Das ist einer der Gründe, weshalb der von ver.di beschlossene Kampagneplan nur halbherzig umgesetzt wird.

Einen interessanten Bericht von einer Protestaktion am 9.9. in Tübingen findet Ihr unter <http://www.netzwerk-verdi.de/104.0.html#c957>

Der Referentenentwurf aus dem Gesundheitsministerium kann kein Grund sein, die Kampagne zurückzufahren, sondern ist Grund sie hochzufahren, sie unabhängig von den Arbeitgebern zu führen und mit konkreten Forderungen nach mehr Stellen zu verbinden.

Nach dem Gesetzentwurf bleibt der Deckel erst mal. Eine Abkehr von der Grundlohnsummensteigerung soll geprüft werden. Aber erst ab 2011 und auch nur dann, wenn die Länder bereit sind eine Investitionsquote festzulegen.

Da ist die Rede von 21.000 zusätzlichen Pflegestellen in den nächsten drei Jahren. Aber: nur für "besonders belastete Bereiche". Das heißt in der Praxis, dass diejenigen, die die meisten Stellen abgebaut werden (i.d.R. die Privaten) Extra-Zuschüsse bekommen, um wieder ein paar einzurichten. Das Geld dafür gibt es nur einmalig und nur zur Hälfte der tatsächlichen Mehrausgaben. 21.000 ungesichert finanzierte Stellen sind ein Schwindel. Damit wäre noch nicht einmal der Personalstand von 1991 erreicht. Damals gab es noch 326.000 Vollpflegestellen und eine Million Patienten weniger. Wir brauchen mindestens soviel Stellen in den Krankenhäusern wie in den letzten 10 Jahren abgebaut wurden. 100.000 und eine verbindliche Personalbemessung. Es geht auch nicht nur um die Pflege. Es geht um mehr Personal für alle Stationen und Bereiche.

Für die Tarifierhöhung 2008 und 2009 gibt es nach dem Gesetzentwurf von Ulla Schmidt nur einen Teillohnausgleich - und zwar im Wahljahr 2009. Wie hoch dieser Teillohnausgleich sein wird ist noch völlig unklar. Im Gespräch sind angeblich 30 bis 50%.

Für die gestiegenen Energiekosten (3,8 Mrd) und die anderen Preissteigerungen gibt es gar keinen

Ausgleich.

Da macht die Zahl von 3 Milliarden mehr für die Krankenhäuser die Runde. Aber diese Zahl ist alles andere als sicher. Da wird dann der Sanierungsbeitrag wieder abgezogen und andere Gelder mit verrechnet, so dass am Ende auch nur eine halbe Milliarde mehr übrig bleiben könnten.

Die Zahl von 3 Milliarden für 2.100 Krankenhäuser mit 700.000 Beschäftigten muss mit ins Verhältnis setzen zu den 2,5 Milliarden die 150.000 niedergelassenen Ärzte vor kurzem bekommen haben und dem Betriebskostendefizit der Krankenhäuser von 7 Milliarden. Dieses Betriebskostendefizit ergibt sich aus dem derzeit laufenden Betrieb ohne eine einzige zusätzliche Stelle.

Nach dem Gesetzentwurf bleibt es auch bei der Einführung der Bundesbasisfallwerte. Der Übergang wird lediglich durch einen Korridor abgemildert. Das heißt, dass Bundesländer mit einem höheren Preisniveau und höheren Tariflöhnen abgestraft werden und Druck aufgebaut wird Tarife abzusenken.

Und Ulla Schmidt hat in ihr Gesetz zur Krankenhausfinanzierung geschrieben, dass die Fallpauschalen auch auf die Psychiatrie ausgedehnt werden sollen. Das ist ein echter Hammer.

Die Situation in ver.di zeigt, dass wir den Druck von unten gewaltig erhöhen müssen. Auf der bundesweiten Demo am 25.9. werden wir die Antiserum Nr. 3 und das Flugblatt verteilen. Zusätzlich haben wir eine Unterschriftenliste erarbeitet, die wir bis zur ver.di-Konferenz "Pflege ist mehr wert" einsetzen und dann dort übergeben wollen.

Die Antiserum und die Unterschriftenliste findet Ihr unter <http://www.netzwerk-verdi.de/41.0.html>

Das Flugblatt ist im Anhang, zum Ausdrucken und Weitergeben an KollegInnen.

Bitte denkt an unsere* bundesweite Krankenhauskonferenz am 01.11.08 in Kassel.* Das Treffen beginnt um 10:30 Uhr und findet wie üblich im Gebäude der Universität Kassel statt (siehe auch Ankündigung auf dem angehängten Flugblatt)

Mit solidarischen Grüßen

Angelika Teweleit
(Sprecherrat "Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di")